Urkundenrolle Nummer für 2013

Verhandelt zu Heinsberg, am
Vor dem unterzeichneten

Dr. iur. Guido Perau

Notar in Heinsberg,

erschieden:

1. a) Herr Thomas Fiedler, Bürgermeister, geboren am 15. März 1951,
b) Herr Herbert Brunen, als weiterer vertretungsberechtigter Beamter, geboren am 5. Mai 1964,
beide geschäftsansässig in 52511 Geilenkirchen, Markt 9,
beide hier nicht handelnd im eigenen Namen, sondern als berechtigte Vertreter der **Stadt Geilenkirchen** in 52511 Geilenkirchen,
(Geschäftsanschrift: 52511 Geilenkirchen, Markt 9),

2. a) Herr Christoph Ars, geboren am 30. November 1976,
b) Herr Peter Hanf, geboren am 1. Juli 1952,
beide geschäftsansässig in 41812 Erkelenz, Dr.-Eberle-Platz 1,
beide hier nicht handelnd im eigenen Namen, sondern als jeweils zur Alleinvertretung und von den Beschränkungen des § 181 BGB befreite Geschäftsführer der im Handelsregister des Amtsgerichts Mönchengladbach zu HRB 8885 eingetragenen **S-IBG Immobilien-Beteiligungs-Gesellschaft der Kreissparkasse Heinsberg mbH** mit Sitz in Erkelenz,
(Geschäftsanschrift: 41812 Erkelenz, Dr.-Eberle-Platz 1).

Die Erschiedenen wiesen sich aus durch Bundespersonalausweis.

Aufgrund der Übermittlung der elektronischen Daten des Handelsregisters des Amtsgerichts Mönchengladbach zu HRB 8885 durch Abruf vom heutigen Tage bescheinige ich, dass dort

- die Gesellschaft unter der Firma S-IBG Immobilien-Beteiligungs-Gesellschaft der Kreissparkasse Heinsberg mbH mit Sitz in Erkelenz und
 - die Herren Christoph Ars und Peter Hanf jeweils als deren zur Alleinvertretung berechnigte und von den Beschränkungen des § 181 BGB befreite Geschäftsführer
- eingetragen sind.

Die Erschienenen erklärten:

Notarielles Gründungsprotokoll:

Gründung einer GmbH

Wir gründen hiermit eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung unter der Firma Entwicklungsgesellschaft Stadt Geilenkirchen GmbH.

Sitz der Gesellschaft ist Geilenkirchen.

Gesellschaftsvertrag

Der Gesellschaftsvertrag nach Maßgabe der dieser Niederschrift beigefügten Anlage wird hiermit festgestellt. Für das Gesellschaftsverhältnis ist dieser Gesellschaftsvertrag maßgebend. Auf den vereinbarten Gesellschaftsvertrag wird verwiesen; er bildet einen Bestandteil dieser Urkunde. Die Anlage wurde vorgelesen und genehmigt.

Übernahmeerklärungen

Für die Übernahme und Leistung der Geschäftsanteile gelten die Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages.

Die Gründungsgesellschafter übernehmen hiermit die in dem Gesellschaftsvertrag bezeichneten Geschäftsanteile nach Maßgabe der im Gesellschaftsvertrag getroffenen Vereinbarungen.

Die Gründungsgesellschafter verpflichten sich zur baren Einzahlung ihrer Geschäftsanteile.

Belehrungen

Vom Notar wurde Belehrung erteilt insbesondere über

- die Tatsache, dass die Gesellschaft erst mit ihrer Eintragung im Handelsregister entsteht und dass die Haftungsbeschränkung erst in diesem Zeitpunkt eintritt.
- die persönliche und gesamtschuldnerische Haftung der Handelnden bei Geschäften vor der Eintragung der Gesellschaft in das Handelsregister.
- die sonstigen Haftungsbestimmungen, insbesondere die persönliche und gesamtschuldnerische Haftung der Gesellschafter für die Aufbringung und Erhaltung des gesamten Stammkapitals, insbesondere bei Ausfall eines Gesellschafters hinsichtlich nicht eingezahlter Geschäftsanteile.
- die Haftung der Gesellschafter gegenüber der Gesellschaft, anteilig zum Ersatz der durch Vorbelastung entstandenen Differenz zum Stammkapital verpflichtet zu sein (sogenannte Differenzhaftung).
- die Pflicht des Geschäftsführers, bei bestimmten Veränderungen in der Person oder der Höhe der Nennbeträge der Geschäftsanteile eine Gesellschafterliste beim Handelsregister einzureichen,
- das mögliche Bestehen öffentlich-rechtlicher Anmeldungs- oder Genehmigungsvorschriften bei Aufnahme des Unternehmens der Gesellschaft,
- die Bedeutung der Gesellschafterliste für einen gutgläubigen Erwerb eines Geschäftsanteils durch einen Dritten,
- die gesamtschuldnerische Haftung der Gesellschafter, wenn sie vorsätzlich oder grob fahrlässig einer Person, die nicht Geschäftsführer sein kann, die Führung der Geschäfte überlassen (bestellen oder nicht abberufen),

- die Strafbarkeit falscher Angaben nach § 82 GmbH-Gesetz.

Kosten

Die mit der Errichtung der Gesellschaft verbundenen Kosten und Steuern, insbesondere die Kosten dieser Urkunde, ihres Vollzuges im Handelsregister sowie eine etwaige Kapitalverkehrssteuer trägt die Gesellschaft unbeschadet der Haftung der Gesellschafter als Gründungsaufwand bis zu einem Betrag von EUR 7.500,00.

Vollmacht

Die Beteiligten erteilen hiermit

- a) Herrn Dieter Becker,
- b) Frau Sandra Krings,
- c) Frau Sabine Küppers,

- je einzeln berechtigt - , auch unter Befreiung von den Beschränkungen des § 181 BGB, Vollmacht zu ihrer Vertretung bei der Vereinbarung von Nachträgen zu diesem Gesellschaftsvertrag, die erforderlich sind um die Eintragung der Gesellschaft in das Handelsregister herbeizuführen. Dabei dürfen insbesondere auch die Firma und der Gegenstand des Unternehmens geändert werden.

Die Vollmacht berechtigt auch zur Abgabe aller Erklärungen, sowie Stellung und Rücknahme von Anträgen aller Art, auch an das Registergericht, die zur Eintragung der Gesellschaft ins Handelsregister erforderlich sind. Die Vollmacht ist nicht übertragbar.

Geschäftsführer-Bestellung

Sodann wurde einstimmig **beschlossen:**

Zu Geschäftsführern werden bestellt:

- Herr Willi Pfennigs, geboren am 15. Juli 1950, wohnhaft in 52531 Übach-Palenberg, Geilenkirchener Straße 11,
- und
- Herr Manfred Dreßen, geboren am 22. März 1965, wohnhaft in 52525 Heinsberg, Siebertstraße 20.

Jeder Geschäftsführer ist einzelvertretungsberechtigt, auch wenn mehrere Geschäftsführer bestellt sind.

Jeder Geschäftsführer ist befugt, die Gesellschaft bei der Vornahme von Rechtsgeschäften mit sich selbst oder als Vertreter eines Dritten uneingeschränkt zu vertreten (Befreiung von den Beschränkungen des § 181 BGB).

Urkundenfertigung

Beglaubigte Abschriften dieser Urkunde samt Anlage sollen erhalten:

die GmbH	1 x
die Gesellschafter	1 x
das Finanzamt -Körperschaftsteuerstelle-	1 x
der Wirtschaftsprüfer	1 x.

Das Amtsgericht -Registergericht- erhält eine beglaubigte Abschrift in elektronischer Form.

Alle Gesellschafter und die Gesellschaft erhalten zudem ein ungeheftetes Kopierexemplar.

Diese Niederschrift nebst Anlage wurde den Erschienenen in Gegenwart des Notars vorgelesen, von ihnen genehmigt und sodann eigenhändig wie folgt unterschrieben:

Gesellschaftsvertrag der

Entwicklungsgesellschaft Stadt Geilenkirchen GmbH

mit Sitz in Geilenkirchen

§ 1

Firma, Sitz, Geschäftsjahr

1. Die Firma der Gesellschaft lautet:
Entwicklungsgesellschaft Stadt Geilenkirchen GmbH.
2. Der Sitz der Gesellschaft ist Geilenkirchen.
3. Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr. Das erste Geschäftsjahr beginnt mit dem Tag der Eintragung der Gesellschaft im Handelsregister und endet mit dem folgenden 31. Dezember.

§ 2

Gegenstand der Gesellschaft

1. Gegenstand der Gesellschaft ist die Entwicklung der Stadt Geilenkirchen durch den Erwerb, den Tausch, die Veräußerung, die Beplanung, die Baureifmachung und die Erschließung von Grundstücken zu dem Zweck, das Angebot von Grundstücken für Wohn- und Gewerbebauten in der Stadt Geilenkirchen zu verbessern.
2. Die Gesellschaft ist berechtigt, Hilfs- und Nebengeschäfte, soweit diese zur Bewältigung des Geschäftsgegenstandes erforderlich sind, zu tätigen. Sie ist weiter berechtigt, sämtliche Geschäfte zu tätigen, die geeignet sind, den Gegenstand des Unternehmens mittelbar oder unmittelbar zu fördern.
3. Die Gesellschaft ist berechtigt, Gebäude und Anlagen für öffentliche Zwecke zu erstellen oder erstellen zu lassen. Tätigkeiten im Sinne des

§ 34 c GewO oder andere gewerberechtlich genehmigungspflichtige Tätigkeiten sind nicht Geschäftsgegenstand.

§ 3

Stammkapital, Stammeinlagen

1. Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 500.000,-- EUR, in Worten: fünfhunderttausend Euro.
2. Auf dieses Stammkapital haben als Stammeinlagen übernommen:
 - a) die Stadt Geilenkirchen 350.000,-- EUR, in Worten: dreihundertfünfzigtausend Euro,
Geschäftsanteil Nr. 1,
 - b) die S-IBG Immobilien-Beteiligungs-Gesellschaft der Kreissparkasse Heinsberg mbH in Erkelenz 150.000,-- EUR, in Worten: einhundertfünfzigtausend Euro,
Geschäftsanteil Nr. 2.
3. Die Stammeinlage der Stadt Geilenkirchen in Höhe von 350.000,-- EUR ist in bar zu zahlen und in Höhe von 150.000,00 EUR sofort fällig. Der Rest-betrag von 200.000,00 EUR ist in bar zinslos fällig und zahlbar bis zum 30. September 2014.
Die Stammeinlage der S-IBG Immobilien-Beteiligungs-Gesellschaft der Kreissparkasse Heinsberg mbH in Höhe von 150.000,-- EUR ist in bar zu zahlen und sofort fällig.
4. Voll eingezahlte einer Nachschusspflicht nicht unterliegende Geschäftsanteile können durch Beschluss der Gesellschafterversammlung vereinigt werden.

§ 4

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind:

1. die Geschäftsführung,
2. der Aufsichtsrat,
3. die Gesellschafterversammlung.

§ 5

Geschäftsführung und Vertretung

1. Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Sind mehrere Geschäftsführer vorhanden, wird die Gesellschaft jeweils von zwei Geschäftsführern gemeinsam oder von einem Geschäftsführer und einem Prokuristen vertreten. Auch wenn mehrere Geschäftsführer vorhanden sind, kann einem oder mehreren Geschäftsführern durch Beschluss der Gesellschafterversammlung das Recht der Alleinvertretung und Alleingeschäftsführung verliehen werden. Ist nur ein Geschäftsführer vorhanden, vertritt dieser die Gesellschaft allein.
2. Die Gesellschafterversammlung kann Geschäftsführer von den Beschränkungen des § 181 BGB befreien.
3. Die Geschäftsführer und die Prokuristen sind für die Geschäfte zwischen der Gesellschaft und der Stadt Geilenkirchen sowie für Geschäfte zwischen der Gesellschaft und der S-IBG Immobilien-Beteiligungs-Gesellschaft der Kreissparkasse Heinsberg mbH mit dem Sitz in Erkelenz stets von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit.

4. Nach Eintragung der Gesellschaft im Handelsregister werden Geschäftsführer auf Vorschlag des Aufsichtsrates von der Gesellschafterversammlung bestellt und abberufen. Diese setzt auch die Anzahl der Geschäftsführer fest für den Fall, dass mehr als ein Geschäftsführer vorhanden sein soll. Die Gesellschaft wird gegenüber der Geschäftsführung durch den Aufsichtsratsvorsitzenden oder seinen Stellvertreter vertreten.
5. Bei Meinungsverschiedenheiten zwischen Geschäftsführern hat jeder von ihnen das Recht, den Aufsichtsrat anzurufen und ihm seine Auffassung zu unterbreiten. Der Aufsichtsrat entscheidet sodann.

§ 6

Aufsichtsrat

1. Der Aufsichtsrat hat sieben Mitglieder. Davon entsendet die Stadt Geilenkirchen vier Mitglieder, die gleichzeitig Mitglieder des Stadtrates sein müssen, die S-IBG Immobilien-Beteiligungs-Gesellschaft der Kreissparkasse Heinsberg mbH zwei Mitglieder. Der Bürgermeister der Stadt Geilenkirchen ist kraft Amtes Mitglied des Aufsichtsrates. Er wird im Verhinderungsfalle nach Maßgabe der Gemeindeordnung und der Hauptsatzung vertreten. Für jedes andere Aufsichtsratsmitglied kann durch den Entsendungsberechtigten ein stellvertretendes Aufsichtsratsmitglied benannt werden. Dieses nimmt im Verhinderungsfall die Rechte und Pflichten des vertretenen Mitgliedes wahr. Ein Mitglied kann jederzeit vom Entsendungsberechtigten abberufen werden; an dessen Stelle kann der Entsendungsberechtigte ein anderes Mitglied berufen. Für die Vertretung der Stadt Geilenkirchen im Aufsichtsrat gilt § 113 Abs. 3 GO NW.
2. Der Aufsichtsrat wählt mit einfacher Mehrheit einen Vorsitzenden, einen stellvertretenden Vorsitzenden und einen Schriftführer, wobei der Schrift-

fürer nicht Mitglied dieses Gremiums sein muss. Der Vorsitz steht einem von der Stadt Geilenkirchen entsandten Mitglied oder dem Bürgermeister zu, der stellvertretende Vorsitz einem von der S-IBG Immobilien-Beteiligungs-Gesellschaft der Kreissparkasse Heinsberg mbH entsandten Mitglied.

3. Der Vorsitzende hat den Aufsichtsrat mit einer Frist von mindestens sieben Tagen schriftlich einzuberufen und dabei die Tagesordnung mitzuteilen. Die Frist beginnt mit der Aufgabe des Einladungsschreibens zur Post. In besonders dringenden Fällen kann die Ladungsfrist auf volle drei Tage abgekürzt werden. Die Dringlichkeit ist in der Einladung zu begründen. Der Vorsitzende hat den Aufsichtsrat einzuberufen, wenn mindestens zwei Mitglieder des Aufsichtsrates oder ein Geschäftsführer der Gesellschaft dies verlangen, mindestens aber zweimal jährlich.
4. Der Aufsichtsrat ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte seiner Mitglieder -einschließlich des Vorsitzenden oder seines Stellvertreters- und mindestens ein Vertreter jedes Gesellschafters anwesend sind. Ist der Aufsichtsrat in einer Sitzung nicht beschlussfähig und wird er innerhalb von sieben Tagen mit gleicher Tagesordnung einberufen, so ist er in der zweiten Sitzung ohne Rücksicht auf die Zahl und Funktion (Vorsitzender, stellvertretender Vorsitzender) der anwesenden Mitglieder beschlussfähig.
Hierauf ist in der erneuten Einladung ausdrücklich hinzuweisen. Beschlüsse können auch durch schriftliche Stimmabgabe herbeigeführt werden, wenn keines der Aufsichtsratsmitglieder dieser Form der Abstimmung widerspricht.
5. Der Aufsichtsrat beschließt mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen, soweit dieser Gesellschaftsvertrag keine andere Regelung trifft. Bei den Beschlüssen unterliegen gemäß § 113 Abs. 1 GO NW die von der Ge-

meinde entsandten Aufsichtsratsmitglieder den Beschlüssen und Weisungen des Gemeinderates.

6. Über die Beschlüsse des Aufsichtsrates ist eine Niederschrift zu fertigen, die von Vorsitzenden und vom Schriftführer zu unterzeichnen ist. Die Niederschrift ist den Mitgliedern des Aufsichtsrates zu übersenden.
7. Soweit der Gesellschaftsvertrag keine Bestimmungen über den Aufsichtsrat enthält, können Bestimmungen in einer Geschäftsordnung getroffen werden, die die Gesellschafterversammlung erlässt.
8. Alle Mitglieder des Aufsichtsrates sind ehrenamtlich tätig.
9. Jedes Mitglied des Aufsichtsrates kann -unabhängig von den in Abs. 1 begründeten Befugnissen des dieses Mitglied entsendenden Gesellschafters- sein Amt unter Einhaltung einer einmonatigen Frist durch schriftliche an die Gesellschaft zu richtende Erklärung niederlegen. Die Gesellschaft kann im Einvernehmen mit dem ausscheidenden Aufsichtsratsmitglied auf die Einhaltung der Frist verzichten. Die Amtszeit der Mitglieder, deren Entsendung in den Aufsichtsrat aufgrund ihrer Zugehörigkeit zum Rat der Stadt Geilenkirchen, eines Dienst- oder Beschäftigungsverhältnisses zur Stadt Geilenkirchen oder eines Beschäftigungsverhältnisses zu einem der Gesellschafter oder zur Gesellschaft erfolgte, endet ohne weiteres mit ihrem Ausscheiden aus dem Rat der Stadt Geilenkirchen, dem Dienst- oder Beschäftigungsverhältnis bei der Stadt Geilenkirchen oder dem Beschäftigungsverhältnis bei dem Gesellschafter bzw. bei der Gesellschaft.
Die entsandten Mitglieder des Aufsichtsrates können jederzeit durch Beschluss des entsendenden Organs beziehungsweise Gesellschafters mit sofortiger Wirkung abberufen werden.

10. Auf den Aufsichtsrat finden die für den Aufsichtsrat von Aktiengesellschaften anzuwendenden Vorschriften keine entsprechende Anwendung mit Ausnahme der §§ 93 und 116 AktG.

§ 7

Zuständigkeit des Aufsichtsrates

1. Der Aufsichtsrat hat die Geschäftsführung zu beraten und zu überwachen. Die Geschäftsführung hat dem Aufsichtsrat in allen Angelegenheiten umfassend Auskunft zu erteilen und Einsicht in alle Bücher und Geschäftsvorgänge zu gewähren. Dieses Recht kann der Aufsichtsrat durch Beschluss auf einzelne seiner Mitglieder übertragen.
2. Angelegenheiten, die von der Gesellschafterversammlung zu entscheiden sind, sind dem Aufsichtsrat zur vorherigen Beratung vorzulegen, sofern die Angelegenheiten den Aufsichtsrat nicht selber betreffen.
3. Ist ein rechtzeitiger Beschluss des Aufsichtsrates nicht möglich, können der Vorsitzende des Aufsichtsrates und sein Stellvertreter gemeinsam die Zustimmung durch einstimmigen Beschluss erteilen. Der Beschluss ist den übrigen Mitgliedern des Aufsichtsrates unverzüglich mitzuteilen und in der nächsten Sitzung dem Aufsichtsrat zur Stellungnahme vorzulegen.

§ 8

Gesellschafterversammlung

1. Die Gesellschafterversammlung ist als beschließendes Organ in allen Angelegenheiten der Gesellschaft zuständig, soweit nicht durch das Gesetz oder diesen Gesellschaftsvertrag die Zuständigkeit der anderen Organe (Aufsichtsrat oder Geschäftsführung) begründet ist.

2. Der Gesellschafter wird in der Versammlung durch die von ihm bestellte Person vertreten. Der Gesellschafter hat für je volle 100,-- EUR Geschäftsanteil eine Stimme. Er kann seine Stimmen nur einheitlich abgeben.
3. Zur Teilnahme an der Gesellschafterversammlung können Mitglieder des Aufsichtsrates und sonstige zur Berufsverschwiegenheit verpflichtete Dritte auf Beschluss der Gesellschafterversammlung zugelassen werden.
4. Die ordentliche Gesellschafterversammlung findet innerhalb von acht Monaten nach Beendigung des Geschäftsjahres statt. Sie ist durch die Geschäftsführung einzuberufen.
5. Außerordentliche Gesellschafterversammlungen sind außer in den gesetzlichen vorgeschriebenen Fällen einzuberufen, sooft es im Interesse der Gesellschaft erforderlich ist.
6. Die Gesellschafterversammlung ist schriftlich durch Mitteilung der Tagesordnung einzuberufen, wobei die Fristen für die Einberufung des Aufsichtsrates gelten.
7. Die Gesellschafterversammlung ist beschlussfähig, wenn mindestens 75% des Stammkapitals vertreten ist. Ist die Gesellschafterversammlung in einer Sitzung nicht beschlussfähig und wird sie innerhalb von sieben Tagen mit gleicher Tagesordnung einberufen, so ist sie in der zweiten Sitzung ohne Rücksicht auf die Quantität der erschienenen Gesellschafter beschlussfähig; hierauf ist in der erneuten Einladung ausdrücklich hinzuweisen.

8. Beschlüsse werden mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst, soweit nicht dieser Vertrag oder das Gesetz andere Mehrheiten zwingend vorschreibt.
9. Stimmberechtigt sind nur Gesellschafter oder deren schriftlich bevollmächtigte oder organschaftliche Vertreter.
10. Die Gesellschafterversammlung wählt aus ihrer Mitte einen Vorsitzenden. Sie wählt ferner einen Schriftführer, der Mitglied dieses Organs sein kann, aber nicht muss.
11. Über die Beschlüsse der Gesellschafterversammlung ist eine Niederschrift zu fertigen, die vom Vorsitzenden und dem Schriftführer zu unterzeichnen ist. Je eine Ausfertigung erhalten die Gesellschafter und die Geschäftsführung.
12. Beschlüsse der Gesellschafterversammlung bedürfen einer Mehrheit von mindestens 75% der abgegebenen Stimmen, wenn über folgende Gegenstände Beschluss gefasst wird:
 - a) die Bestellung und die Abberufung von Geschäftsführern und Prokuristen, die Erteilung von Alleinvertretungs- und Geschäftsführungsbefugnis und die Befreiung von den Beschränkungen des § 181 BGB;
 - b) die Änderung des Gesellschaftsvertrages; dieser Beschluss muss in notarieller Form gefasst werden;
 - c) die Auflösung, Verschmelzung, Vermögensübertragung oder Umwandlung der Gesellschaft sowie der Abschluss und die Änderung von Unternehmensverträgen im Sinne der §§ 291 und 292 Abs. 1 des Aktiengesetzes;
 - d) die Feststellung des Jahresabschlusses und die Verwendung des Ergebnisses;

- e) die Entlastung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates. Insoweit kann ein Gesellschafter jedoch in Ergänzung des § 47 Abs. 4 GmbH-Gesetz nicht durch eine Person vertreten werden, über deren Entlastung zu beschließen ist, sondern nur durch andere Personen;
- f) die Bestellung des Abschlussprüfers;
- g) die Aufstellung von Wirtschafts- und Projektplänen und ihren Nachträgen;
- h) Maßnahmen bei Unterschreitung des Ergebnisses eines Projektplans oder eines vorhandenen Erfolgsplans um mehr als jeweils 100.000,-- EUR;
- i) die Entwicklung von Grundstücken für Gewerbebauten einschließlich Bebauung,
- j) Gebäude oder Anlagen für öffentliche Zwecke zu erstellen oder erstellen zu lassen;
- k) der Abschluss von Geschäftsbesorgungsverträgen einschließlich Betriebsführungsverträgen;
- l) der Erlass von Geschäftsordnungen für Aufsichtsrat und Geschäftsführung;
- m) der Erwerb und die Veräußerung von Unternehmen und Beteiligungen. Für den Fall, dass die Gesellschaft ein Unternehmen betreibt, ist nach den Wirtschaftsgrundsätzen des § 109 GO zu verfahren.

13. Jeder Gesellschafter ist berechtigt, Auskunft über alle Geschäftsvorgänge und Einsicht in alle Geschäftsunterlagen zu verlangen. Das Recht kann auch durch einen zur Berufsverschwiegenheit verpflichteten Dritten ausgeübt werden. Das Rechnungsprüfungsamt der Stadt Geilenkirchen und die Mitglieder des Rechnungsprüfungsausschusses können sich zur Klärung von Fragen, die bei der Prüfung der Stadt Geilenkirchen auftreten, gemäß § 54 Haushaltsgrundsätzegesetz (HGrG) in seiner jeweiligen Fassung unmittelbar von der Gesellschaft unterrichten lassen und zu diesem

Zweck den Betrieb, die Bücher und die Schriften der Gesellschaft einsehen.

§ 9

Wirtschaftsplan

1. Die Geschäftsführung stellt in sinngemäßer Anwendung der für Eigenbetriebe geltenden Vorschriften vor Beginn des Geschäftsjahrs einen Wirtschaftsplan auf. Dieser umfasst den Finanzplan, den Erfolgsplan, den Vermögensplan und die Stellenübersicht.

Der Wirtschaftsplan ist der Gesellschafterversammlung zur Genehmigung vorzulegen, die hierüber mit $\frac{3}{4}$ Mehrheit beschließt.

2. In sinngemäßer Anwendung der für Eigenbetriebe geltenden Vorschriften ist der Wirtschaftsführung eine fünfjährige Finanzplanung zu Grunde zu legen und der Stadt Geilenkirchen zur Kenntnis zu bringen.
3. Die Geschäftsführung unterrichtet den Aufsichtsrat laufend über die Entwicklung des Geschäftsjahres.

§ 10

Jahresabschluss

1. Innerhalb der ersten sechs Monate nach Ablauf des Geschäftsjahres hat die Geschäftsführung den Jahresabschluss und den Lagebericht für das abgelaufene Geschäftsjahr in entsprechender Anwendung der Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches für große Kapitalgesellschaften unter Berücksichtigung steuerlicher Bestimmungen zu erstellen und innerhalb der gesetzlichen Frist von einem von der Gesellschafterversammlung zu bestellenden Wirtschaftsprüfer prüfen zu lassen. Im Lagebericht oder im Zusammenhang damit ist zur Einhaltung des Unternehmensgegenstandes und zur Zweckerreichung Stellung zu nehmen.

2. Die Geschäftsführung ist verpflichtet, die Jahresabschlussprüfung und die in § 53 Abs. 1 Nr. 1 bis 3 Haushaltsgrundsätzegesetz (HGrG) genannte Prüfung, Berichterstattung und Übersendung des Prüfberichts alljährlich bis zum 31. August des Folgejahres durchführen zu lassen.
3. Der Jahresabschluss ist mit dem Prüfungsbericht der ordentlichen Gesellschafterversammlung bekanntzugeben, die den Jahresabschluss feststellt, die Geschäftsführung entlastet und über die Ergebnisverwendung beschließt. Die Feststellung des Jahresabschlusses, die Verwendung des Ergebnisses sowie das Ergebnis der Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes sind öffentlich bekannt zu machen und der Jahresabschluss und der Lagebericht zur Einsichtnahme verfügbar zu halten.
4. Im Anhang zum Jahresabschluss sind die nach § 108 Abs. 1 Nr. 9 GO NW vorgeschriebenen Angaben zu den Bezügen der Organmitglieder zu machen.

§ 11

Ergebnisverwendung

1. Die Gesellschafterversammlung beschließt über die Ergebnisverwendung, d.h. darüber, inwieweit der Jahresüberschuss zuzüglich eines etwa bestehenden Gewinnvortrages und abzüglich eines etwa bestehenden Verlustvortrages in Gewinnrücklagen eingestellt, als Gewinn vorgetragen oder an die Gesellschafter ausgeschüttet wird.
2. Der ausgeschüttete Gewinn steht den Gesellschaftern nach dem Verhältnis ihrer Geschäftsanteile zu.

§ 12

Verfügung über Geschäftsanteile

Die Abtretung, Verpfändung oder sonstige Verfügung über beziehungsweise von Geschäftsanteilen bedarf der Zustimmung aller übrigen Gesellschafter.

§ 13

Einziehung

1. Die Einziehung von Geschäftsanteilen ist grundsätzlich zulässig. Sie wird mit Zugang des Einziehungsbeschlusses an den betreffenden Gesellschafter wirksam, soweit zulässig.
2. Die Einziehung von Geschäftsanteilen ist ohne Zustimmung des betroffenen Gesellschafters zulässig, wenn ein wichtiger Grund vorliegt. Als wichtiger Grund sind insbesondere anzusehen:
 - a) grobe Verletzungen der Gesellschafterpflichten durch einen Gesellschafter,
 - b) der Umstand, dass ein Geschäftsanteil auf Grund eines nicht nur vorläufigen vollstreckbaren Titels gepfändet und die Pfändung nicht innerhalb von drei Monaten wieder aufgehoben wird,
 - c) der Umstand, dass über das Vermögen eines Gesellschafters das Insolvenzverfahren eröffnet oder die Eröffnung mangels Masse abgelehnt wird,
 - d) der Gesellschafter die Auflösungsklage erhebt.

Als wichtiger Grund ist weiterhin anzusehen, dass bei einem Gesellschafter, der eine juristische Person des Privatrechts ist, ein Gesellschafterwechsel hinsichtlich einer Beteiligung von mehr als 25% des Grund- oder Stammkapitals eintritt, es sei denn, die Gesellschaft hätte dem Gesellschafterwechsel zuvor schriftlich zugestimmt.

Steht ein Anteil mehreren Berechtigten zu, genügt es, wenn die Voraussetzungen zur Einziehung nur bei einem von ihnen vorliegen.

3. Statt der Einziehung des Geschäftsanteils kann die Gesellschafterversammlung beschließen, dass der Geschäftsanteil allen Gesellschaftern derer innerer Beteiligungsquote entsprechend, einzelnen Gesellschaftern in beliebiger Aufteilung, einem Gesellschafter oder einem außenstehenden Dritten abgetreten wird.
4. Bei Beschlüssen über die Einziehung eines Geschäftsanteils nach Abs. 2 und über die Abtretung nach Abs. 3 hat der betroffene Gesellschafter kein Stimmrecht. Seine Stimmen zählen bei der Berechnung des Quorums nicht mit.
5. Der Beschluss muss binnen 3 Monaten nach Kenntnis der Gesellschaft vom begründenden Ereignis gefasst werden. Der Einziehungsbeschluss wird wirksam 3 Tage nach Absendung einer Mitteilung an die zuletzt bekannte Anschrift des betroffenen Gesellschafters.
6. Hinsichtlich der Abfindung für den eingezogenen bzw. abzutretenden Geschäftsanteil gilt § 14 dieses Vertrages (Bewertung, Auszahlung).

§ 14

Bewertung, Auszahlung

1. Soweit nach diesem Gesellschaftsvertrag eine Bewertung von Geschäftsanteilen vorzunehmen ist, ist der Wert maßgebend, der sich zum Zeitpunkt des Ausscheidens des betreffenden Gesellschafters unter Anwendung der steuerlichen Vorschriften zur Ermittlung des gemeinen Wertes

von Geschäftsanteilen mangels Ableitbarkeit aus Verkäufen ergibt, soweit im Folgenden nichts anderes vereinbart ist.

2. In den Fällen des § 13 Abs. 2 – Einziehung aus wichtigem Grund – und des § 13 Abs. 3 – Abtretung aus wichtigem Grund – ist der Buchwert des Anteils maßgebend (Nennbetrag zuzüglich Anteil an offenen Rücklagen und Gewinnvortrag abzüglich Verlustvortrag). Dies gilt jedoch nur dann, wenn der Buchwert niedriger ist als der nach Abs. 1 zu ermittelnde Wert. Ist dies nicht der Fall, ist die Bewertung auch hier nach Abs. 1 vorzunehmen.
3. Stichtag für die Bewertung des Geschäftsanteils ist das Ende des vorangegangenen Geschäftsjahres, wenn das Ereignis, welches die Vornahme der Bewertung erfordert, im Laufe eines Geschäftsjahres eintritt, ansonsten das Ende des Geschäftsjahres, das mit dem auslösenden Ereignis zusammenfällt. Jeder Gesellschafter kann auf seine Kosten eine Bewertung auf den Tag des Ausscheidens verlangen.
4. Können sich die Beteiligten über die Bewertung des Anteils bzw. die Höhe des Abfindungsentgeltes nicht einigen, so soll die Bewertung des Anteils und die Bestimmung des Entgeltes durch einem vom Hauptgeschäftsführer der für die Gesellschaft zuständigen Industrie- und Handelskammer zu benennenden Wirtschaftsprüfer – auch Wirtschaftsprüfungsgesellschaft – als Schiedsgutachter für die Beteiligten bindend vorgenommen werden. Der Schiedsgutachter entscheidet nach billigem Ermessen. Die Kosten des Gutachters hat derjenige Beteiligte zu tragen, der mit seinen Vorstellungen über den Wert des Anteils bzw. über die Höhe des Entgelts unterlegen ist.
5. Wird der Geschäftsanteil eingezogen, ist der ermittelte Wert dem ausscheidenden Gesellschafter längstens in drei gleichen Halbjahresraten

auszuzahlen, die erste Rate ein halbes Jahr nach dem Zeitpunkt des Ausscheidens, die beiden anderen jeweils ein halbes Jahr später. Ist der Anteilswert am ersten Zahlungstichtag noch nicht ermittelt, sind dem Gesellschafter zu diesem Zeitpunkt im Fall des Abs. 1 zunächst 60% (sechzig vom Hundert) und im Fall des Abs. 2 40% (vierzig vom Hundert) des Anteilnennbetrages auszukehren. Der jeweils ausstehende Betrag ist mit zwei Prozentpunkten über dem jeweiligen Basiszinssatz nach § 247 BGB zu verzinsen. Der Abfindungsberechtigte kann verlangen, dass ihm der eingezogene oder abgetretene Anteil verpfändet oder eine gleichwertige Sicherheit gestellt wird.

§ 15

Kündigung

1. Jeder Gesellschafter kann das Gesellschaftsverhältnis mit einer Frist von 12 Monaten zum Ende eines Geschäftsjahres mittels eingeschriebenen Briefs an die Gesellschaft kündigen, erstmals zum 31. Dezember 2018.
2. Erfolgt die Kündigung durch einen anderen Gesellschafter als die Stadt Geilenkirchen, z. Zt. also durch die S-IBG Immobilien-Beteiligungs-Gesellschaft der Kreissparkasse Heinsberg mbH, wird die Gesellschaft nicht aufgelöst, vielmehr scheidet der kündigende Gesellschafter zum Ende des betreffenden Geschäftsjahres aus und ist verpflichtet, seinen Geschäftsanteil entsprechend § 13 Abs. 3 abzutreten. Die übrigen Gesellschafter sind zur Übernahme des Geschäftsanteils verpflichtet.

Als Abfindung erhält der kündigende Gesellschafter den auf ihn nach dem Verhältnis der nicht der Gesellschaft selbst gehörenden Geschäftsanteile entfallenden Anteil am Substanzwert der Gesellschaft zum Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Kündigung. Substanzwert ist der Wert, der sich durch Neubewertung des vorhandenen Vermögens und der Schulden unter anteil-

liger Berücksichtigung latenter Steuerlasten auf den Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Kündigung ergibt. Dabei sind Grundstücke und Gebäude mit dem Verkehrswert anzusetzen. Die Kosten der Bewertung trägt der kündigende Gesellschafter.

3. Erfolgt die Kündigung durch den Gesellschafter Stadt Geilenkirchen tritt die Gesellschaft in Liquidation. Der Stadt Geilenkirchen wird für diesen Fall das gesellschaftsrechtliche Sonderrecht eingeräumt, dass sie die Übertragung des gesamten dann der Gesellschaft gehörenden Grundbesitz gegen Zahlung des Verkehrswertes des Grundbesitzes einschließlich der hierauf befindlichen Gebäude im Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Kündigung auf sich verlangen kann. Die hiermit verbundenen Steuern und Kosten gehen dann zu Lasten der Stadt Geilenkirchen. Klarstellend wird festgehalten, dass die Übertragung einzelner Grundstücke nicht verlangt werden kann.

4. Sollten sich die Gesellschafter über die Höhe des Verkehrswertes von Grundstücken und Gebäuden nicht einigen, soll hierüber der Gutachterausschuss für Grundstückswerte beim Kreis Heinsberg verbindlich entscheiden.

Sollten sich die Gesellschafter über die Ermittlung des Substanzwertes nicht einigen, soll die Bewertung durch einem vom Hauptgeschäftsführer der für die Gesellschaft zuständigen Industrie- und Handelskammer zu benennenden Wirtschaftsprüfer – auch Wirtschaftsprüfungsgesellschaft – als Schiedsgutachter für die Beteiligten bindend vorgenommen werden.

Der Schiedsgutachter entscheidet nach billigem Ermessen.

Die Kosten des Schiedsgutachtens trägt die unterliegende Partei in entsprechender Anwendung der §§ 91 ff ZPO.

5. Die Zahlung der Abfindung an ausscheidende Gesellschafter bzw. die Zahlung des Kaufpreises bei Ausübung des Übertragungsverlangens

durch die Stadt Geilenkirchen haben zu erfolgen innerhalb von einem halben Jahr nach dem Zeitpunkt des Ausscheidens des kündigenden Gesellschafters bzw. einem halben Jahr nach Abschluss des Vertrages über die Übernahme der Grundstücke durch die Stadt Geilenkirchen. Sollten sich die Gesellschafter über die Höhe des Verkehrswertes nicht einigen, gilt dies zunächst nur für den unstreitigen Teil der Abfindung bzw. des Übernahmepreises. Ein darüber hinausgehender Anspruch auf Abfindung oder Kaufpreiszahlung ist fällig innerhalb 1 Monats nach Vorlage des Gutachtens und bis zu diesem Zeitpunkt ab dem Tag der Fälligkeit des unstreitigen Teils der Abfindung bzw. des Kaufpreises mit 2% über dem jeweiligen Basiszinssatz nach § 247 BGB zu verzinsen.

§ 16

Auflösung, Abwicklung

1. Die Auflösung der Gesellschaft kann nur mit einer Mehrheit von drei Vierteln der abgegebenen Stimmen beschlossen werden.
2. Abwickler (Liquidatoren) sind die Geschäftsführer, soweit die Gesellschafter nicht andere zu Liquidatoren bestellen. § 5 des Gesellschaftsvertrages gilt für Liquidatoren entsprechend.
3. Das nach Befriedigung der Gläubiger verbleibende Vermögen der Gesellschaft ist den Gesellschaftern ihrer Beteiligung an der Gesellschaft entsprechend auszukehren, sobald dies zulässig ist.

§ 17

Wettbewerb, Steuerklausel

1. Geschäftsführer können durch Beschluss des Aufsichtsrates von jedem Wettbewerbsverbot ganz oder teilweise befreit werden.

2. Die Gesellschaft darf den Gesellschaftern oder diesen nahestehenden Dritten geldwerte Vorteile nicht gewähren.

Verstoßen Rechtsgeschäfte oder Rechtshandlungen gegen Abs. 2 Satz 1, so sind sie insoweit unwirksam, als den dort genannten Personen ein Vorteil gewährt wird. Der Begünstigte ist verpflichtet, der Gesellschaft Wertersatz in Höhe des ihm zugewendeten Vorteils zu leisten. Besteht aus Rechtsgründen gegen einen den Gesellschaftern nahestehenden Dritten kein Ausgleichsanspruch oder ist er rechtlich nicht durchsetzbar, so richtet sich der Anspruch gegen den dem Dritten nahestehenden Gesellschafter.

Ob und in welcher Höhe ein geldwerter Vorteil entgegen der Bestimmungen des Abs. 2 Satz 1 gewährt worden ist, wird mit den Rechtsfolgen des Abs. 2 Satz 2-4 durch rechtskräftige Feststellungen der Finanzbehörde oder eines Finanzgerichts für die Beteiligten verbindlich vorgeschrieben. Die Feststellung durch die Finanzbehörde veranlasst der Aufsichtsratsvorsitzende.

§ 18

Formerfordernisse, Bekanntmachung

1. Soweit das Gesetz oder dieser Vertrag nicht notarielle Beurkundung vorschreibt, wird für alle das Gesellschaftsverhältnis betreffenden Vereinbarungen der Gesellschafter untereinander und mit der Gesellschaft Schriftform vereinbart. Auch ein Verzicht auf das Schriftformerfordernis bedarf im Einzelfall der Schriftform.
2. Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen nur im elektronischen Bundesanzeiger, soweit nicht aufgrund gesetzlicher oder satzungsmäßiger Bestimmungen die Bekanntmachungen stattdessen oder zusätzlich in einem anderen Organ vorzunehmen sind.

§ 19

Gründungsaufwand

Die Gesellschaft trägt den mit der Gründung verbundenen Aufwand (Notar- und Gerichtsgebühren für die Eintragung der Gesellschaft im Handelsregister, Veröffentlichungskosten) bis zur Höhe von € 7.500,00.

§ 20

Gerichtsstand

Gerichtsstand für die Streitigkeiten aus diesem Vertrag ist das für Geilenkirchen zuständige Gericht.

§ 21

Genehmigungen

1. Der Gesellschaftsvertrag bedarf nur der kommunalaufsichtsrechtlichen Anzeige. Die Anzeige erfolgt durch die Stadt Geilenkirchen selbst.
2. Alle Genehmigungen und Erklärungen sollen allen Beteiligten gegenüber spätestens mit ihrem Eingang beim beurkundenden Notar wirksam werden.

§ 22

Salvatorische Klausel

Sollten Vorschriften dieses Vertrages oder eine künftig in ihm aufgenommenen ganz oder teilweise nicht durchführbar sein oder ihre Rechtswirksamkeit oder Durchführbarkeit später verlieren, so soll hierdurch die Gültigkeit der übrigen Vereinbarungen des Vertrages nicht berührt werden. Das gleiche gilt, soweit sich herausstellen sollte, dass der Vertrag eine Regelungslücke enthält. Anstelle der unwirksamen oder der undurchführbaren Vereinbarung soll eine angemessene Regelung gelten, die – soweit rechtlich möglich – dem am nächsten

kommt, was die Gesellschafter gewollt haben oder nach dem Sinn und Zweck des Vertrages gewollt haben würden, sofern sie bei Abschluss dieses Vertrages oder bei der späteren Aufnahme einer Vereinbarung den Punkt bedacht hätten.

Anlage zur notariellen Urkunde des Notars Dr. iur. Guido Perau in Heinsberg, UR. Nr. */2013 vom *** 2013.**

Heinsberg, den ***